



# „Den Rhein vertiefen und erweitern“ ?

**Deutsch-französische Beziehungen nach dem  
Nizza-Gipfel**

---

**Joachim Schild**

**Ausfall der  
deutsch-französi-  
schen Führungs-  
funktion**

**Frankreichs  
Ängste vor einer  
deutschen Vor-  
machtstellung**

**Stimmenge-  
wichtung im Rat:  
Triumph natio-  
naler Symbolik**

**„Nach-Nizza-  
Prozess“ - eine  
deutsch-französi-  
sche Gestaltungs-  
aufgabe**

Joachim Schild

# „Den Rhein vertiefen und erweitern“<sup>1</sup>? - Deutsch-französische Beziehungen nach dem Nizza-Gipfel

1 Erik Izraelewicz, Chefredakteur von Les Echos, sprach in einem Kommentar zum Zustand der deutsch-französischen Beziehungen davon, dass sich der Rhein „sowohl ‚vertieft‘ wie auch ‚erweitert‘“ habe, „France-Allemagne: le Rhin s’élargit“, in: Les Echos v. 30.11.2000, S. 68.

2 „Sommet de Nice: La France rate sa sortie“, in: Le Point v. 15.12.2000, S. 61.

3 Wieder einmal hat sich der Spiegel in dieser Hinsicht hervorgetan, der Staatspräsident Chirac als Fossil aus einer anderen Zeit darstellte und in bezug auf die Vertragsklauseln zur Handelspolitik davon sprach, dass „die französischen Diplomaten ihre Partner hereingelegt“ hätten, s. „Gallische Galligkeit“, in: Der Spiegel, 51/2000, S. 32.

„Ein dominierendes Deutschland, ein deutsch-französisches Paar, dessen Bande sich sehr gelockert haben, ein Frankreich ohne Seele und Ideen und auf der Suche nach seiner Rolle, mehr oder weniger frustrierte kleine Länder und ein in seine Insularität verranntes Großbritannien...“, so fasste die Wochenzeitung *Le Point*<sup>2</sup> die Situation nach dem EU-Gipfel von Nizza zusammen.

An starken Worten hat es in Pressekommentaren zum Nizza-Gipfel in beiden Ländern wahrlich nicht gefehlt: Enttäuschung über das Gesamtergebnis, eine ungewöhnlich scharfe, teilweise gar ressentimentgeladene Kritik in der deutschen Presse an der Verhandlungsführung der französischen Ratspräsidentschaft<sup>3</sup>, besorgte oder resignierte Stimmen in der französischen Presse zum deutschen Gewicht in der EU (s. Kasten „Pressestimmen“). Inzwischen, einige Wochen nach dem Gipfel, hat sich der Pulverdampf etwas gelegt. Handelte es sich um Aufregtheiten, wie sie im Umfeld von EU-Gipfeln, zumal im Umfeld von Regierungskonferenzen zur Vertragsänderung, nun einmal üblich sind, Psychodramen, die lediglich das Gewicht und die Schwierigkeit der verhandelten Materie widerspiegeln? Aus welchen Gründen war in Nizza so wenig von einer „Motorenrolle“ Frankreichs und Deutschlands zu sehen? Hat die Regierungskonferenz tiefere Spuren und Blessuren hinterlassen, hat sie insbesondere die deutsch-französische Sonderbeziehung im Rahmen der Europäischen Union dauerhaft beschädigt? Ist die angestammte Rolle beider Länder als „Motor der europäischen Integration“ gar überholt, Opfer tiefgreifender Wandlungen im internationalen System, der deutschen Einheit und des Erweiterungsprozesses der EU?

## Ausfall der deutsch-französischen Führungsfunktion

4 Vgl. Daniel Vernet: Ungewißheiten in der Europapolitik, in: Internationale Politik, Nr. 9/1998, S. 5.

5 Vgl. hierzu: Joachim Schild: Springt Europas Motor wieder an? Konflikte und Chancen im deutsch-französischen Verhältnis, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/1999, S. 192ff.

Was schon im Verlauf des Amsterdamer Gipfeltreffens 1997 erkennbar war<sup>4</sup> und sich dann auf dem Berliner Gipfel 1999 zur Agenda 2000 (mittelfristige EU-Finanzvorschau, Reform der Agrar- und Strukturpolitik) erneut gezeigt hatte<sup>5</sup>, wurde auch in Nizza wiederum deutlich: Von einer gemeinsamen europäischen Führungsrolle waren Frankreich und Deutschland weit entfernt. Ihre Haltungen waren nicht nur kein Element der Lösung, sondern teilweise zentraler Bestandteil der Verhandlungsprobleme, insbesondere in der Macht- und Prestigefrage der Stimmengewichtung im Ministerrat.

In der Vergangenheit konnten beide Staaten eine gemeinsame Führungsrolle in Richtung

einer Integrationsvertiefung wahrnehmen, wenn sie

- gemeinsam Integrationsprojekte (z.B. EWS und die Währungsunion) auf die Tagesordnung der EG/EU setzen konnten;
- wenn es ihnen gelang, operative Vorschläge abzustimmen;
- oder wenn sie von divergierenden Interessenlagen ausgehend unterschiedliche „Lager“ in der Union repräsentierten und bilaterale Kompromisse finden konnten, die dann auch für die anderen Mitgliedstaaten im jeweiligen „Lager“ akzeptabel waren.

Diese Führungsrolle konnte im Nizza-Ver-

6 „Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“, dokumentiert unter: [www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoser-vice/download/pdf/reden/2000/r000512a.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoser-vice/download/pdf/reden/2000/r000512a.pdf).

7 In deutsch-französischer Perspektive vgl. Joachim Schild: Über Nizza hinaus. Deutsch-französische Debatten über die Zukunft der EU, Aktuelle Frankreich-Analysen Nr.16, August 2000, hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut (als Internetfassung unter: [www.dfi.de/analysen.htm](http://www.dfi.de/analysen.htm)).

8 Der französische Außenminister Hubert Védrine verschärfte die Spannungen, indem er kurz vor dem Nizza-Gipfel mit Blick auf Fischers Europarede meinte, vor gefährlichen „Flötenspielern“ warnen zu müssen, die die Völker Europas im Laufe der Jahrhunderte in Richtung grausamer Enttäuschungen geführt hätten, vgl. „L'Europe a trop souffert des joueurs de flûte“, Interview mit Hubert Védrine in: *Libération* v. 20.11.2000, S. 11.

9 Insbesondere für den bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber ist die Durchsetzung dieser Forderung ein zentraler Grund für seine positive Beurteilung der Verhandlungsergebnisse von Nizza, vgl. „Bei der CDU überwiegt Kritik, bei der CSU Zustimmung“, *FAZ* v. 12.12.2000, S. 4.

10 Vgl. Angela Merkel: „Pour une assemblée constituante!“, in: *Le Figaro* v. 7.12.2000, S. 18.

11 Vgl. Fußnote 8.

12 Vgl. Claus Giering: Die integrationspolitische Quadratur des Kreises – Finalität und Flexibilität in der Europäischen Union nach Nizza, Beitrag zur Konferenz „Die Ergebnisse von Nizza“ des Arbeitskreises Europäische Integration am 18.-19.1.2001 in Berlin, hier: S. 3f.

handlungsprozess kaum in befriedigender Weise ausgefüllt werden. Schon im Vorfeld des Gipfeltreffens waren deutliche Verstimmungen hinsichtlich der *europäischen Tagesordnung* spürbar: Die französische Ratspräsidentschaft wollte sich voll auf die Agenda der Regierungskonferenz konzentrieren – Stimmengewichtung, Kommissionsreform, Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen und Vereinfachung der verstärkten Zusammenarbeit von Teilgruppen der Mitgliedsländer. Dabei sah sie sich durch Außenminister Fischers europapolitische Grundsatzrede vom Mai 2000<sup>6</sup> und die dadurch angestoßene breite Debatte<sup>7</sup> über die zukünftige Entwicklungsrichtung und Verfasstheit der EU in ihrem „pragmatischen“ Ansatz zur Regierungskonferenz gestört. Beide Seiten konnten keine gemeinsame Linie hinsichtlich der Frage finden, wie man die längerfristige Debatte über die Verfasstheit der EU mit den konkreten Arbeiten der Regierungskonferenz zur Vertragsrevision verknüpfen könnte.<sup>8</sup>

Noch in einem weiteren wichtigen Punkt herrschte kein Einvernehmen: Deutschland plädierte für die Festschreibung einer erneuten Regierungskonferenz zur Vertragsrevision im Vertrag von Nizza und konnte sich in diesem Punkt auch durchsetzen: Im Jahr 2004 soll diese den Status der ausgehandelten Europäischen Grundrechtecharta klären, die Verträge vereinfachen, die Rolle nationaler Parlamente im Integrationsprozess definieren und sich vor allem mit der Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedstaaten befassen. Letzteres war ein Kernanliegen der Bundesregierung sowie der Bundesländer<sup>9</sup> und auch eine zentrale europapolitische Forderung der deutschen Christdemokraten.<sup>10</sup> Frankreichs Außenminister Védrine warnte hingegen davor, Europa mit einer raschen Abfolge von Regierungskonferenzen zu einer für den Bürger schwer zu überschauenden Dauerbaustelle zu machen.<sup>11</sup>

Im Bereich der *operativen Vorschläge und Positionen* für die Regierungskonferenz war ebenfalls kaum eine Führungsrolle erkennbar. Der paradoxe Grund hierfür lag nicht einfach in deutsch-französischen Interessendivergenzen, sondern teilweise umgekehrt in der *Übereinstimmung* ihrer Interessen! Sowohl in der Frage der Kommissionsgröße und -reform wie auch in der Stimmengewichtungsfrage fanden sich beide Länder im Lager der großen Mitgliedsstaaten wieder, denen die kleinen Länder

gegenüberstanden, die weder „ihren“ Kommissar verlieren, noch durch eine starke Stimmenspreizung im Ministerrat ihren Einfluss auf EU-Entscheidungen geschmälert sehen wollten. Gerade aufgrund ihrer gemeinsamen Interessen und Positionen als große Länder also sahen sich Deutschland und Frankreich nicht in der Lage, durch bilaterale Kompromissuche den Interessenausgleich für die Gesamtheit der EU-Mitglieder vorzuzeichnen. Hier zeigte sich exemplarisch, dass eine deutsch-französische Führungsrolle in der EU keineswegs auf ähnlichen, gar identischen Interessen und Positionen beruhen muss (und in der Vergangenheit auch selten beruht hat) und das Vorliegen dieser die Ausübung jener auch mitnichten garantiert.

---

### *Ähnliche Positionen garantieren keine Führungsrolle*

---

Auch in puncto verstärkte Zusammenarbeit lagen die Interessen Frankreichs und Deutschlands gewiss nicht weit auseinander. Beide drängten darauf, die Anwendung dieses Instruments differenzierter Integration von einigen Restriktionen des Amsterdamer Vertrages zu befreien. Dies ist durch den Wegfall des Vetorechts einzelner Mitglieder und durch die Ausdehnung auf die „2. Säule“ der EU, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, auch gelungen. Allerdings können verteidigungspolitische und militärische Fragen weiterhin nicht zum Gegenstand einer verstärkten Zusammenarbeit gemacht werden. Und in der gesamten 2. Säule, die ja durchaus ein sinnvolles Anwendungsfeld für differenzierte Formen der Zusammenarbeit wäre, wird jedes Mitgliedsland bei der Ermächtigung einer verstärkten Zusammenarbeit im Rat über ein faktisches Vetorecht verfügen. Aufgrund dieser weiterhin bestehenden Restriktionen ist es fraglich, ob dieses Instrument die ihm sowohl von Bundesaußenminister Fischer wie auch von Staatspräsident Chirac zugeordnete Funktion erfüllen kann, ein Zwischenschritt auf dem Weg zur Herausbildung eines „europäischen Gravitationszentrums“ oder einer „Pioniergruppe“ zu sein.<sup>12</sup> Trotz ähnlicher Positionen konnten sich beide Länder in dieser Frage nicht gegen Widerstände anderer EU-Mitglieder durchsetzen. Eine gemeinsame Führungsrolle ist demnach auch bei grundsätzlicher

13 Vgl. die Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder vor dem Deutschen Bundestag zu den Ergebnissen des Europäischen Rates von Nizza, dokumentiert unter: [www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/ix\\_29210.htm](http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/ix_29210.htm).

14 Vgl. Vœux du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, à la presse diplomatique, dokumentiert unter: [www.diplomatie.fr/europe/actual/voeuxved2001.html](http://www.diplomatie.fr/europe/actual/voeuxved2001.html).

Interessenübereinstimmung Frankreichs und Deutschlands in einer EU der 15 alles andere als selbstverständlich oder gar automatisch.

In der Frage der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat der EU hätten sich beide Staaten gewiss ambitioniertere Ergebnisse gewünscht.<sup>13</sup> Doch zeigte sich rasch, dass praktisch jeder Mitgliedstaat „seinen“ Bereich hatte, für den er ein Vetorecht hartnäckig verteidigte, Großbritannien in steuerpolitischen Fragen, Spanien in der Strukturpolitik (was ihm zumindest bis 2007 gelungen ist), Deutschland in Einwanderungs- und Asylfragen, Frankreich in Bereich des Außenhandels mit kulturellen Dienstleistungen. Aufgrund der gegebenen Struktur nationaler Präferenzen (inklusive der deutschen und französischen) waren weder eine dynamische deutsch-französische Führungsrolle noch wirklich substantielle Fortschritte in Sachfragen möglich.

Allerdings sollte man die sehr wohl bedeutenden Fortschritte in Personalfragen nicht verkennen, allen voran die zukünftige Bestimmung des Kommissionspräsidenten mit qualifizierter Mehrheit.

Die Annahme, eine geschickter agierende französische Ratspräsidentschaft oder enger abgestimmte deutsch-französische Positionen hätten bei der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen zu substantiell anderen Ergebnissen führen können, ist angesichts der gegebenen nationalen Interessendefinitionen fraglich. Insofern hatte der französische Außenminister in diesem Punkt völlig Recht, wenn er angesichts der massiven Kritik an der französischen Ratspräsidentschaft im In- und Ausland darauf verwies, dass die Kritiker die Rolle der Ratspräsidentschaft bei der Suche nach (einstimmig zu verabschiedenden) Kompromissen jenseits des kleinsten gemeinsamen Nenners überschätzten.<sup>14</sup>

## Stimmengewichtung im Rat: Triumph nationaler Symbolik

15 Vgl. auch das Interview mit Hubert Védrine, in: *Le Figaro* v. 6.12.2000, S. 4 („Hubert Védrine: „Un accord à l'arraché““).

16 Nur Deutschland könnte in einer EU der 15 qualifizierte Mehrheitsentscheidungen gemeinsam mit nur einem großen und einem beliebigen zweiten Mitgliedsland (außer Luxemburg) verhindern, während Frankreich beispielsweise neben einem großen noch ein Land mittlerer Größe benötigte. In einer EU mit 27 Ländern könnte allein Deutschland qualifizierte Mehrheitsentscheidungen blockieren, wenn es sich mit zwei weiteren großen Ländern zusammätere.

Sehr viel berechtigter hingegen war die öffentliche Kritik an der französischen Verhandlungsführung in der schwierigsten Verhandlungsmaterie: der Stimmenneugewichtung im Rat. Gleiches gilt auch für den deutsch-französischen Umgang mit dieser Prestige- und Machtfrage: Nur zu offenkundig war die mangelnde Fähigkeit beider Länder, Konflikte im Vorfeld dieses europäischen Gipfeltreffens zu entschärfen und mögliche Kompromisslinien auszuloten, um die entscheidende Phase der Vertragsverhandlungen nicht mit bilateralen Interessenkonflikten zu belasten.

Genau dies war jedoch der Fall: Die französische Seite, allen voran Staatspräsident Chirac, pochte mit Vehemenz und öffentlich auf die Beibehaltung der deutsch-französischen (Stimmen-)Parität im Ministerrat. Zur Legitimation dieser Forderung bemühte Paris Absprachen zwischen beiden Ländern zur Stimmenparität aus der Frühphase der Integrationsentwicklung. Ihre Parität, so Chirac, sei die Lehre aus einer blutigen Geschichte und das Fundament des modernen Europas.<sup>15</sup> Das legitime deutsche Anliegen einer Berücksichtigung seiner Bevölkerungsstärke im Institutionensystem der EU und das Argument, dass es sich hierbei nicht nur um eine Machtfrage, son-

dern um eine Frage der demokratischen Legitimation der EU-Institutionen handele, stieß in Paris auf taube Ohren.

Die deutsche Seite vertrat den Standpunkt, dass das überlegene demographische Gewicht Deutschlands im Ministerrat zum Ausdruck kommen müsse, sei es durch eine höhere Stimmenzahl als Frankreich, Italien und Großbritannien, sei es in Form einer doppelten Mehrheit aus Mitgliedstaaten und Bevölkerungszahl. Um eine höhere Stimmenzahl für Deutschland zu verhindern, musste die französische Ratspräsidentschaft in Nizza einen hohen Preis entrichten: Sie konzidierte eine Regelung, die faktisch dem von deutscher Seite favorisierten Modell der doppelten Mehrheit sehr nahe kommt. Jeder Staat hat zukünftig (ab 1.1.2005) das Recht, bei qualifizierten Mehrheitsentscheidungen prüfen zu lassen, ob eine Stimmenmehrheit auch mindestens 62 Prozent der Gesamtbevölkerung der Union repräsentiert. Diese Klausel führt zu einer Sonderstellung Deutschlands, dessen Blockademacht im Vergleich zu derjenigen der anderen großen Mitgliedsländer, somit auch im Vergleich zu Frankreich, verstärkt wird.<sup>16</sup> Die von Bundeskanzler Schröder dem Vernehmen nach angebotene Lösung, Deutschland im Ministerrat eine einzige

Quelle: Parlement européen: Projet du traité de Nice (première analyse), Brüssel, 10.1.2001 (PE 294.737)

### Kasten 1: Stimmengewichtung im Rat und Sitzverteilung im Europaparlament in einer EU der 27 (in Klammern: heutige Anzahl)

Mitgliedsland	Gewichtete Stimmen im Rat	Sitzverteilung im EP	Bevölkerung in Mio.
Deutschland	29 (10)	99 (99)	82,0
Vereinigtes Königreich	29 (10)	72 (87)	59,3
Frankreich	29 (10)	72 (87)	59,0
Italien	29 (10)	72 (87)	57,6
Spanien	27 (8)	50 (64)	39,4
Polen	27 (-)	50 (-)	38,7
Rumänien	14 (-)	33 (-)	22,5
Niederlande	13 (5)	25 (31)	15,8
Griechenland	12 (5)	22 (25)	10,5
Tschechische Republik	12 (-)	20 (-)	10,3
Belgien	12(5)	22 (25)	10,2
Ungarn	12 (-)	20 (-)	10,1
Portugal	12 (-)	22 (25)	10,0
Schweden	10 (4)	18 (22)	8,9
Bulgarien	10 (-)	17 (-)	8,2
Österreich	10 (4)	17 (21)	8,1
Slowakei	7 (-)	13 (-)	5,4
Dänemark	7 (3)	13 (16)	5,3
Finnland	7 (3)	13 (16)	5,2
Irland	7 (3)	12 (15)	3,7
Litauen	7 (-)	12 (-)	3,7
Lettland	4 (-)	8 (-)	2,4
Slowenien	4 (-)	7 (-)	2,0
Estland	4 (-)	6 (-)	1,5
Zypern	4 (-)	6 (-)	0,8
Luxemburg	4 (2)	6 (6)	0,4
Malta	3 (-)	5 (-)	0,4
<b>Gesamt</b>	<b>345</b>	<b>732</b>	<b>481,2</b>

17 „A l'aube, un accord à l'arraché“, in: Libération v. 12.12.2000, S. 4.

18 Vgl. das Plädoyer für eine Beibehaltung der Parität von Sylvie Goulard und Ulrike Guérot: „Die deutsch-französische Parität bewahren“, in: Financial Times Deutschland v. 1.12.2000 (franz. Fassung: „La parité franco-allemande doit subsister“, in: Le Figaro v. 1.12.2000).

Stimme mehr zu gewähren als Frankreich, Italien und Großbritannien<sup>17</sup>, hätte hingegen lediglich eine symbolische Aufwertung zur Folge gehabt, nicht jedoch eine institutionelle Sonderstellung, wie sie sich aus der Einführung des „demographischen Sicherheitsnetzes“ von 62 Prozent der Unionsbevölkerung ergibt.

### *Ende der deutsch-französischen Parität*

Es kann allerdings als zweifelhaft gelten, dass diese Lösung einen deutschen „Sieg“ bedeutet oder den längerfristigen Interessen Deutschlands dient. Sie könnte sich vielmehr als ein „Pyrrhus-Sieg“ erweisen. Wie immer man es dreht und wendet: Es handelt sich um das Ende der deutsch-französischen Parität im Ministerrat und

damit um einen Statusunterschied zwischen beiden Ländern in Europa. Dabei sprachen gewichtige Gründe für die Beibehaltung dieser Parität im Rat:<sup>18</sup> Neben rein politischen Gründen der Beziehungspflege zum wichtigsten europäischen Partner Deutschlands auch der zentrale Grund, dass in einer Institution wie dem Rat, in dem die Mitgliedstaaten auf Unionsebene repräsentiert sind, ein machtausgleichender Faktor wirksam werden muss. In einer föderalistischen Perspektive hätte es nahegelegen, eine Repräsentation des überlegenen demographischen Gewicht Deutschlands allein in einem in seinen Mitentscheidungsrechten aufgewerteten Europäischen Parlament (EP) zu suchen, das die Unionsbürger und nicht die Mitgliedstaaten repräsentieren soll. In der „Staatenkammer“ kann die bevölkerungsproportionale Berücksichtigung des Gewichts der Mitgliedstaaten nur zentrifugale Kräfte freiset-

zen, da mittlere und kleinere Länder ihre Interessen ab einem bestimmten Punkt nicht mehr ausreichend berücksichtigt sehen. Von deutscher Seite wäre es ein Akt politischer Klugheit gewesen, sich in den Verhandlungen auf eine proportionale(re) Repräsentanz der eigenen Bevölkerung im EP zu konzentrieren und eine höhere Stimmengewichtung im Rat (bzw. das demographische „Sicherheitsnetz“) als Verhandlungsmasse zu betrachten – oder die Verhandlungen erst gar nicht mit entsprechenden Forderungen zu belasten.

Die französische Ratspräsidentschaft hat sich mit ihrer Verhandlungsführung, insbesondere mit ihren Vorschlägen zur Stimmengewichtung im Rat, wenig Freunde gemacht. Frankreichs Kernanliegen, das Gewicht der großen im Verhältnis zu den kleinen Mitgliedsländern zu stärken (was durchgesetzt werden konnte, s. Kasten „Stimmengewichtung...“), stützte sich auf das demographische Gewicht der Großen

und brachte diese logischerweise in eine (ansonsten sehr selten zu beobachtende) Frontstellung gegenüber den kleineren Mitgliedstaaten. Gleichzeitig sollte das demographische Argument aber in bezug auf die Stellung Deutschlands keine Geltung haben, hier pochte Frankreich aus Statusgründen auf Parität. Diese widersprüchliche Grundhaltung und die ersten französischen Vorschläge zur Stimmenneugewichtung mussten Paris geradezu zwangsläufig in eine äußerst unbequeme Verhandlungssituation bringen, Konflikte mit Deutschland sowie mit mittleren und kleineren Ländern aufwerfen und die Frage der Stimmenspreizung innerhalb jeder Ländergruppe (z. B. zwischen den Niederlanden und Belgien) akut werden lassen. Die EU sollte gegenüber Deutschland als machtausgleichende Organisation dienen, gegenüber den kleineren Ländern aber sollten nationale Machtpositionen durch die institutionelle Aufwertung der Großen garantiert werden.

## Frankreichs Ängste vor einer deutschen Vormachtstellung in Europa

19 „Geschah dies, um sich des Wohlwollens von José Maria Aznar zu vergewissern oder um die lateinisch-mediterrane Achse zu stärken, die immer noch zu den geopolitischen Kategorien der französischen Diplomatie zu gehören scheint?“, so fragte Daniel Vernet in: *Le Monde* v. 15.12.2000, S. 19 („Europe: la fin du jardin à la française“).

20 In einem im *Economist* auszugsweise abgedruckten Transkript der Schlusssphase des Nizza-Gipfels wird Chirac mit folgenden Worten zitiert: Es sei „legitimate that old member states, who have contributed so much, have more votes than those who are new and will bring problems.“ („At two in the morning“, *The Economist* v. 16.12.2000, S. 24).

Das wenig souveräne Agieren der französischen Ratspräsidentschaft verweist auf eine tiefergehende Verunsicherung der französischen Außen- und Europapolitik: Welches wird in Zukunft die Stellung und der Einfluss Frankreichs im neuen Europa sein, welches Gewicht wird dem deutschen Nachbarn zukommen? Und welches sind die Methoden und europapolitischen Konzepte, die eine maximale französische Einfluss- und Interessenwahrung garantieren?

Die Verhandlungsführung der französischen Ratspräsidentschaft konnte den Eindruck erwecken, dass es Frankreich nicht zuletzt darum ging, das deutsche Gewicht in der EU zu begrenzen. Die Art und Weise wie Spaniens Ministerpräsident Aznar<sup>19</sup> hofiert und wie eine Reihe von Beitrittskandidaten, allen voran Polen, durch diskriminierende Vorschläge im Hinblick auf ihre Stellung im Rat und im EP verprellt wurden<sup>20</sup>, lassen sich in diesem Lichte interpretieren: Potentielle französische Bündnispartner wurden umworben, als mögliche Bündnispartner Deutschlands betrachtete Länder brüskiert. Mit seinem Agieren in Nizza hat Frankreich dazu beigetragen, in einer Art selbsterfüllender Prophezeiung genau das Ergebnis zu

befördern, das es zu verhindern gedachte: Seine wenig entgegenkommende Haltung gegenüber den Beitrittskandidaten brachte Deutschland in die Rolle ihres Anwalts und Hauptansprechpartners. Der polnische Regierungschef wandte sich in der Frage des polnischen Stimmengewichts im Rat während des Nizza-Gipfels direkt an Bundeskanzler Schröder, der sich auch erfolgreich für das polnische Anliegen einsetzte.

### *Ende einer privilegierten Beziehung?*

Zusätzlich zu seiner Aufwertung im Rat konnte Deutschland auch noch ein Vergrößerung des Abstands zwischen der Anzahl seiner Europaabgeordneten und derjenigen der anderen großen Länder im Zuge des Erweiterungsprozesses durchsetzen. Dies hat viele französische Beobachter in ihrer Auffassung bestärkt, dass Deutschland zur dominierenden Macht in Europa aufsteigen könnte. Keineswegs nur aus dem Lager der „Souveränisten“ waren nach dem Nizza-Gipfel deutschlandkritische Stimmen

## Kasten 2: Deutsche und französische Pressestimmen zum Nizza-Gipfel: Der Ton wird schärfer

„So spiegelt der Kompromiss von Nizza, wenn er denn so angenommen wird, auch die neue Realität nach dem Ende des Kalten Krieges wider: ein Europa, in dem Deutschland die dominierende Macht ist und in dem die Osterweiterung es ihm erlauben wird, sich im geographischen, aber auch politischen Zentrum der Union wiederzufinden.“

Le Figaro v. 11.12.2000, S. 1: „Pourquoi la France a cédé à l'Allemagne“.

„Er (der Kompromiss zur Stimmenneugewichtung) wurde auf Kosten der kleinen Länder gefunden und, entgegen dem Anschein, zugunsten Deutschlands, das sich als wirklicher Dreh- und Angelpunkt in Europa behaupten konnte, und das gleichzeitig auf die Empfindlichkeiten Frankreichs Rücksicht nehmen und als bester Anwalt der Kandidaten aus dem Osten erscheinen konnte.“

„Même pas convenable“, Leitartikel in La Tribune v. 12.12.2000, S. 44.

„Der Zwischenfall (Proteste wegen größerer Stimmenzahl für Spanien als für Polen in einem Vorschlag der französischen Präsidentschaft, J.S.) ist bezeichnend für die französische Malaise hinsichtlich der Erweiterung der Union in Richtung Mittel- und Osteuropa, deren Bedeutung für die Zukunft des Kontinents man nicht verkennt, die man aber zu schnell in eine deutsche Einflusszone, zumindest wirtschaftlich, zu klassifizieren tendiert. Dabei riskiert man, die befürchtete Entwicklung durch die Ängste, die sie auslöst, noch zu beschleunigen.“

Daniel Vernet: „Europe: la fin du ‚jardin à la française‘“, Le Monde v. 14.12.00. S. 19.

„Das offensichtlichste Resultat von Nizza: Nie zuvor war die deutsche Macht sichtbarer. Nunmehr thront Berlin im Zentrum des institutionellen Apparates der Union.“

Libération v. 12.12.2000: „La France défend son rang, l'Allemagne prend du galon“.

„Wie ein politisches Fossil erschien der deutschen Nizza-Delegation der französische Staatspräsident: stecken geblieben im falschen Jahrhundert, in dem in der internationalen Politik Symbole weit wichtiger waren als rationale Politik. Nach Nizza sind sich die Deutschen einig: Chiracs Interpretation des deutsch-französischen Verhältnisses ist von gestern.“ „[...] ein chaotisches Gipfeltreffen unter einer überforderten französischen Ratspräsidentschaft, die sich mehr den eigenen nationalen Interessen als der Mittlerrolle verpflichtet sieht.“

Der Spiegel 51 / 2000, S. 28 u. 30: „Gallische Galligkeit“.

„Schwer beschädigt rumpelt das deutsch-französische Tandem vom europäischen Gipfel zu Nizza. Schuld der Deutschen ist das nicht. Vielmehr hat sich Frankreichs Staatspräsident Chirac Stück um Stück selbst geschwächt; am Ende war Frankreich in Sachen Europa nur mehr ein Schatten seiner selbst: unsicher, unentschlossen, wie gelähmt von den eigenen Widersprüchen. Vor allem deshalb steht Deutschland nun als der Stärkere von zwei vormals Gleichen da.“

Die Welt v. 12.12.2000, S.1: „Deutschland, der Stärkere“.

21 Jean-Louis Bourlanges, „France-Allemagne: divorce à l'européenne“, in: *Politique internationale* Nr. 90, Winter 2000/2001, S. 99-112; vgl. auch ders.: „Il ne faut pas ratifier Nice“, in: *Le Monde* v. 13.12.2000, S. 1 u. 17.

22 Vgl. etwa „Une présidence française très française“, in: *Le Figaro* v. 4.12.2000, S. 3.

23 Vgl. Robert Picht: *Angst vor Deutschland? Französische Bücher zur Berliner Republik*, in: *Frankreich-Jahrbuch 2000*, Opladen: Leske + Budrich, S. 251-258.

24 Vgl. etwa die wenig inspirierte und konzeptionell dürftige Regierungserklärung von Premierminister Jospin am 9. Mai 2000, dem 50. Jahrestag der Schuman-Rede zur Montanunion, vor der französischen Nationalversammlung zu den Orientierungen der französischen Ratspräsidentschaft, dokumentiert unter: [www.premier-ministre.gouv.fr/fr/p.cfm?ref=4584&d=106](http://www.premier-ministre.gouv.fr/fr/p.cfm?ref=4584&d=106);

25 Vgl. Jean Quatremer: „Hypocrisies françaises sur l'Europe“, in: *Libération* v. 11.10. 2000, S. 7.

26 „Ein Europa ohne französischen Rat und französische Richtung, das gab es noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg“, so Joachim Fritz-Vannahme in der *ZEIT* v. 1.2.2001, S. 3.

27 Vgl. Michaela Wiegel: „Frankreichs europapolitischer Winterschlaf geht weiter“, in: *FAZ* v. 15.1.2001, S. 6.

zu hören. Auch der engagierte Europäer Jean-Louis Bourlanges, Europaabgeordneter der UDF, sieht aufgrund des Bruchs mit der (Stimmen-)Gleichheit zwischen Frankreich und Deutschland das mögliche Ende einer privilegierten Beziehung gekommen.<sup>21</sup>

Gewiss sollte man diese unter dem unmittelbaren Eindruck der spannungsgeladenen Nizza-Verhandlungen entstandenen Äußerungen nicht dramatisieren und überbewerten. Die Reaktionen der französischen Presse auf Nizza ließen überdies durchaus selbstkritische Töne erkennen<sup>22</sup> und waren gegenüber Deutschland auch keineswegs ressentimentgeladen. Dennoch: der französische Blick auf Stellung und Rolle Deutschlands im „Post-Nizza-Europa“ hat sich verändert. Was bislang vielfach vermutet und für die Zukunft erwartet wurde, ein stärkeres machtpolitisches Gewicht Deutschlands im sich erweiternden Europa, wird heute, mit teilweise resignierendem Unterton, vielfach als Gewissheit behandelt: Deutschland sei mit den Ergebnissen von Nizza auf dem Weg zu einer auch institutionell verankerten Vormachtstellung in der EU (s. Kasten „Pressestimmen“). Die teilweise vehemente französische Pressekritik an der Verhandlungsführung der eigenen Regierung ist nicht zuletzt Ausdruck eines Unbehagens gegenüber dem stärker gewordenen deutschen Nachbarn.

Betrachtet man die institutionelle Stellung Deutschlands in der EU nüchtern, so erkennt man zwar sofort, dass von einer dominierenden, gar hegemonialen Position keine Rede sein kann: So wird die Bundesregierung im Ministerrat einer EU der 27 gerade einmal über 8,4 Prozent der Stimmen verfügen, verglichen mit 11,5 Prozent heute. In Frankreich wird jedoch das Argument der institutionellen Aufwertung Deutschlands meist in einem Atemzug mit der bevorstehenden Osterweiterung der EU erwähnt. Dabei wird in aller Regel unterstellt, dass diese das deutsche Gewicht in der EU deutlich stärken wird, und zwar nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das politische. Man mag dem entgegenhalten, dass die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer sich Deutschland gewiss nicht einfach als willfährige Koalitionspartner in europäischen Mehrheitsbildungsprozessen zur Verfügung stellen werden. Entscheidend ist jedoch nicht, ob die in Frankreich verbreitete Perzeption einer institutionell und durch die Osterweiterung aufgewerteten Machtstellung Deutschlands korrekt ist,

sondern ob eine solche Perzeption Einfluss auf die Bestimmung der französischen Europapolitik gewinnt.

In Paris jedenfalls ist die deutsche Positionsbestimmung und Verhandlungsführung in der Stimmengewichtungsfrage offenbar als eine – im Vergleich zur Vergangenheit – offensivere Vertretung deutscher Machtansprüche in Europa wahrgenommen worden. Diese musste in Frankreich unweigerlich Misstrauen entstehen lassen und die Frage aufwerfen, ob man in Berlin Frankreich noch als gleichberechtigten Partner für die Gestaltung der europäischen Zukunft betrachtet. Diese französische Verunsicherung und die Perzeption einer verstärkten Machtstellung der Deutschen im neuen Europa werden die französischen Eliten weiterhin umtreiben und nicht nur in der politischen Publizistik – wie schon in den vergangenen Jahren – voraussichtlich ein ständig wiederkehrendes Thema bilden.<sup>23</sup>

---

## *Frankreichs Europapolitik in der Defensive?*

---

Auch auf Regierungsebene ließ sich in Frankreich in jüngerer Zeit – und insbesondere während der EU-Ratspräsidentschaft – eine Verunsicherung hinsichtlich der eigenen Stellung und Rolle in Europa erkennen, die in einer eher zögerlichen Europapolitik ihren Ausdruck fand. Viel war in Paris von „Eurorealismus“ und der Notwendigkeit „pragmatischer“ Politik die Rede.<sup>24</sup> Das Agieren der französischen Diplomatie während der gesamten Ratspräsidentschaft und die kühlen Reaktionen von Außenminister Védrine auf Fischers europapolitische Grundsatzrede vom Mai 2000 verdichteten sich zum Bild einer ambitionslosen und in erster Linie defensiv angelegten französischen Europapolitik.<sup>25</sup> Was fehlte, war ein vorwärtsweisendes und kohärentes Konzept<sup>26</sup> und die Bereitschaft, offen und ernsthaft mit dem wichtigsten europäischen Partner Frankreichs um brauchbare Konzepte zu ringen. Ist Frankreich tatsächlich in einen „europapolitischen Winterschlaf“ verfallen, wie die Pariser *FAZ*-Korrespondentin Michaela Wiegel mutmaßte?<sup>27</sup> Jedenfalls klappte in jüngerer Zeit eine Lücke zwischen dem europäischen Führungsanspruch Frankreichs und seiner Fähigkeit,



28 Hubert Védrine: *Les cartes de la France à l'heure de la mondialisation. Dialogue avec Dominique Moïsi*, Paris: Fayard 2000, S. 102f. (eigene Übersetzung).

überzeugende Vorschläge zur zukünftigen Entwicklung und Gestalt der EU zu präsentieren und dafür Partner und Mitstreiter zu gewinnen. Der tiefere Grund für diese Verunsicherung hinsichtlich der eigenen Rolle in Europa wurde von Außenminister Védrine deutlich ausgesprochen:

„Ich würde nicht – oder nicht mehr – sagen, dass (Europa) für uns automatisch ein Einflussmultiplikator ist. Dies war der Fall bis Anfang der 90er Jahre, als es weniger Mitglieder umfasste und eine andere Kommission sowie ein anderes Parlament besaß. Heute haben wir es mit einem komplexeren, instabileren System zu tun, in dem das Gleichgewicht zwischen den Einflüssen und Institutionen im Vorhinein weniger klar definierbar ist, wo die Beziehungen weniger harmonisch, die Rollen weniger klar definiert, die Ergebnisse weniger vorhersehbar sind, weniger oft unserer Linie nahekomend. Und dies wird immer stärker der Fall sein.“<sup>28</sup>

---

### *Widersprüche eines „halbierten“ Gaullismus*

---

Es ist gewiss kein Zufall, dass sich ein Neogaullist an der Staatsspitze und ein stark gaullistisch geprägter Außenminister in den Widersprüchen gaullistischer Politik verheddern: je gaullistischer und intergouvernementaler Europa, je größer das Gewicht der (großen) Nationalstaaten in der Union, desto stärker tendenziell auch die deutsche Machtposition. Immer offener tritt die Spannung zwischen dem Einbindungsinteresse gegenüber Deutschland und dem

Wunsch zu Tage, autonome Handlungsspielräume – zum Beispiel in der Außenpolitik – für Frankreich zu bewahren. Der „halbierte Gaullismus“ in der französischen Europapolitik – sehr weitgehende Bereitschaft zu Integration und Souveränitätsverzicht im Wirtschafts- und Währungsbereich bei gleichzeitigem Festhalten an intergouvernementalen Methoden in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie an einer starken Stellung nationaler Exekutiven im Institutionengefüge der EU – kann weder die Stellung Frankreichs in Europa hinreichend sichern, noch bietet er schlüssige Antworten im Hinblick auf die Definition des Verhältnisses zu Deutschland. Eine Sicherung des eigenen Einflusses und die verlässliche Einbindung Deutschlands sind in einer immer heterogeneren, erweiterten Union nur um den Preis einer Stärkung der Gemeinschaftsmethode auf Kosten intergouvernementaler Ansätze zu haben. Die nach wie vor bestehende Bereitschaft Deutschlands, gemeinsam mit Frankreich diesen Weg zu gehen, sollte von Paris als Chance begriffen werden, nicht als Integrationszumutung oder als deutscher Versuch, Europa nach seinem Bilde zu formen. Inwieweit Paris zu einer aktiveren Europapolitik zurückkehrt, hängt allerdings nicht nur von innerfranzösischen Entwicklungen ab, sondern nicht zuletzt auch von der Art und Weise, wie Berlin auf die entstandene Vertrauenskrise zwischen beiden Ländern reagiert. Wird die Bundesregierung für die französischen Sorgen hinsichtlich der eigenen Stellung in Europa Verständnis zeigen und Rücksicht auf innenpolitische Schwierigkeiten des Partners nehmen, die sich aus der Kohabitationssituation zwischen Chirac und Jospin und dem bevorstehenden Wahlkampf ergeben?

## „Nach-Nizza-Prozess“ - eine deutsch-französische Gestaltungsaufgabe

---

29 Vgl. „Deutsch-französische Treffen künftig alle sechs Wochen“, in: FAZ v. 2.2.2001, S. 1.

Die Regierungen in Paris und Berlin sind sich der Tatsache bewusst, dass die Nizza-Verhandlungen nicht eben zu den Sternstunden der deutsch-französischen Beziehungen zählten. Auf beiden Seiten wurde der Handlungsbedarf erkannt, wie das informelle Treffen zwischen Chirac, Jospin, Schröder, Védrine und Fischer Ende Januar bei Straßburg gezeigt hat. Die dort verabre-

deten europapolitischen Konsultationen zwischen Staats- und Regierungschefs im 6-8-Wochen-Rhythmus sowie deren Vorbereitung durch monatliche Außenministertreffen weisen gewiss in die richtige Richtung<sup>29</sup>, sofern sie nicht zu einem weiteren Beispiel der so beliebten deutsch-französischen Symbolik als Ersatz für gemeinsame Politik verkommen. Die Methoden zur

30 Rede von Europaminister Pierre Moscovici im Rahmen einer Veranstaltung des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg am 1.2.2001, dokumentiert unter: [www.doc.diplomatie.gouv.fr/cgi-bin/go\\_doc.pl?type=bull&cible=20010202.1.html](http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/cgi-bin/go_doc.pl?type=bull&cible=20010202.1.html).

31 „Les socialistes français entrent dans le débat sur l'avenir de l'Europe“, in: *Le Monde* v. 10.2.2001.

32 „Die Zukunft Europas und die deutsch-französische Partnerschaft“, Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer am 30. Januar 2001 vor dem Frankreich-Zentrum der Universität Freiburg, dokumentiert unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/reden/2001/r010130d.pdf>

gemeinsamen Vorbereitung wichtiger europapolitischer Entscheidungen gehören jedenfalls auf den Prüfstand.

---

## *Bemühung um konstruktiven Dialog erkennbar*

---

Entscheidende Bedeutung kommt einem intensiven Austausch über die Themen der für das Jahr 2004 vorgesehenen Regierungskonferenz zu, die sich mit europäischen Verfassungsfragen befassen wird. Die unterschiedlichen Verfassungstraditionen in Europa, nicht zuletzt auch zwischen Frankreich und Deutschland, sowie die Schwierigkeit der Materie – vor allem im Hinblick auf Kompetenzabgrenzungsfragen – lassen einen breit angelegten transnationalen Dialog als dringend geboten erscheinen. Dabei wird es darauf ankommen, die nationalen Diskussionsstränge frühzeitig aufeinander zu beziehen, Positionen und Empfindlichkeiten des anderen von Anfang an mitzudenken, damit nicht in zwei bis drei Jahren, anlässlich der nächsten Regierungskonferenz, festgefügte Standpunkte als Ergebnis eigendynamischer nationaler Diskussionen unversöhnlich aufeinanderprallen.

Aus Frankreich gibt es positive Signale, die darauf hindeuten, dass sich das Regierungslager künftig an der von Außenminister Fischer im vergangenen Jahr angestoßenen Grundsatzdebatte über die zukünftige Gestalt der EU verstärkt beteiligen wird. So enthielt die Ludwigsburger Rede von Europaminister Moscovici unmittelbar nach dem Straßburger Treffen ein Bekenntnis zu einer europäischen Verfassung und auch einige Gedanken und Elemente für eine europäische Verfassungsdiskussion. Seine Äußerungen lassen das Bemühen der französischen Regierung erkennen, den diesbezüglichen Gesprächsfaden zwischen beiden Ländern wieder aufzunehmen.<sup>30</sup> Europaminister Moscovici ist nicht der einzige in seiner Partei, dem heute, nach der EU-Ratspräsidentschaft, an einer Beendigung des selbstverordneten Schweigens der PS gelegen ist. Die Absicht führender Sozialisten, sich verstärkt in die „Nach-Nizza-Debatte“ einzuschalten, ist auch anlässlich eines Kolloquiums des Clubs „Socialisme et démocratie“ mit dem

bezeichnenden Titel „Vouloir l'Europe“ (Europa wollen) deutlich geworden, das Anfang Februar stattfand. „Die Deutschen haben uns ein Angebot gemacht“, so Gesundheitsminister Bernard Kouchner mit Blick auf die Fischer-Rede vom Mai 2000. „Man muss nicht notwendigerweise damit einverstanden sein, aber wir hätten auf unsere Art darauf antworten müssen.“<sup>31</sup> Man darf gespannt sein, wie der sozialistische Premierminister (und unerklärte Präsidentschaftsbewerber) Jospin in einer immer wieder angekündigten und verschobenen europapolitischen Grundsatzrede sein Verhältnis zu Europa und seiner Zukunft definieren wird, welche Gedanken und Vorschläge er in die von Joschka Fischer angestoßene europäische Grundsatz- und Verfassungsdebatte einbringen kann.

Auch auf deutscher Seite war ein deutliches Bemühen zu spüren, die Beziehungen zu Paris nach den Erfahrungen der letzten Monate zu überprüfen und neue Wege zur europapolitischen Annäherung zu suchen. Der Bundesregierung ist bewusst, in welchem Ausmaß die Auseinandersetzungen und die Gipfelergebnisse von Nizza in Paris Fragen hinsichtlich der Stellung und des Einflusses Frankreichs (und natürliche auch Deutschlands) im heutigen und zukünftigen Europa aufgeworfen haben. Dies zeigt der betont versöhnliche Ton, der nach Nizza angeschlagen wurde. Insbesondere Außenminister Fischer unterstrich in auffälliger Weise das Gewicht Frankreichs in der EU, seinen intellektuellen und gestalterischen Einfluss auf den Gemeinschaftsbildungsprozess: „Das sich vereinigende Europa“, so Fischer, „wurde in Paris zuerst gedacht und war von Anfang an französisch geprägt. Das wird auch für das künftige, größere Europa fortgelten.“<sup>32</sup>

Im Übrigen ist keineswegs ausgemacht, dass die Rollen im „Nach-Nizza-Prozess“ eindeutig verteilt sein werden, hier Deutschland in der Antreiberrolle, dort Frankreich als Integrationsbremser. Gerade Ministerpräsidenten deutscher Bundesländer streben bekanntlich in einigen Bereichen – z.B. in der Struktur- und Agrarpolitik – eine Rückverlagerung von Zuständigkeiten von der europäischen auf die (sub-)nationale Ebene an, was in Paris durchaus mit Skepsis registriert wird. Die Positionsbestimmung in Paris und Berlin hinsichtlich einer Neujustierung der Kompetenzzuweisung an die europäische und nationale Ebene wird aller Voraussicht nach zu unterschiedlichen

33 Vgl. François Heisbourg: „Nice: un ‚Suez‘ diplomatique“, in: *Le Monde* v. 26.12.2000.

34 Man müsse „die Deutschen beim Wort nehmen“, so Strauss-Kahn, vgl. Fußnote 31.

Ergebnissen führen – und damit erheblichen Abstimmungsbedarf erzeugen. Dies kann auch kaum anders sein angesichts von Verfassungsfragen, die die Tiefenzonen der politischen Selbstdefinition zweier politisch sehr unterschiedlich verfasster Gesellschaften berühren. Doch sollten sich beide Seiten der Gefahr bewusst sein, dass Europa-skeptiker beider Länder, Souveränisten und Länderfürsten, diese Verfassungsdiskussion in einer Art unheiliger transnationaler Allianz bereitwillig aufgreifen könnten, um die föderale Balance einseitig in Richtung einer reinen Rückverlagerung von Kompetenzen von der EU auf die Mitgliedsländer zu verschieben und weiteren Kompetenztransfers nach Brüssel einen wirksamen (Verfassungs-)Riegel vorzuschieben.

Neben der Fähigkeit beider Länder und ihrer Regierungen, diesen schwierigen Prozess einer europäischen Verfassungsdiskussion gemeinsam zu gestalten, kann ihr Agieren in der bald anstehenden kritischen Endphase der EU-Erweiterungsverhandlungen als weiterer Lackmustest für ihre gemeinsame Rolle in Europa gesehen werden. Man sollte sich keine Illusionen machen: Verteilungsfragen der zukünftigen europäischen Agrar- und Strukturpolitik bergen erhebliches Konfliktpotential nicht nur zwischen Altmitgliedern der EU und den Beitrittskandidaten, sondern auch innerhalb der Union, zumal im Vorfeld von Wahlen in Frankreich und Deutschland. Dann wird sich erweisen, ob François Heisbourg Recht behält, wenn er schreibt, dass das wirklich bedeutsame Abkoppeln zwischen Frankreich und Deutschland nicht in der Frage der Entscheidungsmechanismen im Rat zu sehen ist, sondern im Verlust an wechselseitigem Vertrauen im Kontext der Erfahrungen der Regierungskonferenz.<sup>33</sup>

---

*Gemeinsame Führung:  
schwieriger, aber  
ohne Alternative*

---

Eine Wiederherstellung dieses wechselseitigen Vertrauens ist sicherlich eine notwendige Bedingung für eine erneuerte deutsch-französische Führungs- und Antreiberrolle in Europa; aber es kann als fraglich gelten, ob es sich auch um eine hinreichende Bedingung handelt: In einer Union mit heute 15 und morgen 27 Mitgliedern, die immer

heterogenere Interessenlagen in die EU-Politik einbringen, kann eine bilaterale Sonderbeziehung auch unter günstigen Voraussetzungen nicht mehr dieselbe Wirkung entfalten wie in der 6er oder 9er-Gemeinschaft. Dies gilt zumindest so lange, wie sich im zukünftigen Europa kein fester Kern, keine Avantgarde von Ländern unter Einschluss Frankreichs und Deutschlands herausbildet, wie sie etwa der Ex-Finanzminister Dominique Strauss-Kahn jüngst in Gestalt der Euro-Teilnehmerländer gefordert hat.<sup>34</sup>

Der „Post-Nizza-Prozess“ einer europäischen Verfassungsentwicklung und die EU-Osterweiterung stellen enorme Ansprüche an die Gestaltungsfähigkeit der Gemeinschaftsorgane und der Mitgliedstaaten. Zu bewältigen sind diese nur, wenn Frankreich und Deutschland auch unter erschwerten Bedingungen in Zukunft bereit sind, gemeinsam die Gesamtverantwortung für das Gelingen des Integrationsprojekts zu übernehmen. Alternative Länderpaare oder -gruppen, die in diese Rolle schlüpfen und diese notwendige Funktion übernehmen könnten, sind nach wie vor nicht in Sicht.

## Aktuelle Publikationen des DFI

---

**Compétitivité globale: une perspective franco-allemande.** Rapport du groupe de travail franco-allemand sur la compétitivité. / Commissariat Général du Plan; Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.). - Paris: La Documentation française 2001. - 209 S.

**Parteien in Frankreich.** / Sabine Ruß; Joachim Schild; Jochen Schmidt; Ina Stephan (Hrsg.). - Opladen: Leske und Budrich, 2000. - 330 S.

**Frankreich-Jahrbuch 2000.** Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. / Hrsg.: Deutsch-Französisches Institut in Verbindung mit Lothar Albertin. Red.: Joachim Schild. - Opladen: Leske und Budrich, 2000. - 324 S.

**Länderbericht Frankreich.** Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. / Marieluise Christadler; Henrik Uterwedde (Hrsg.). - Opladen: Leske und Budrich; Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1999. - 672 S. - (Schriftenreihe; Bd. 360)

**Projekt deutsch-französische Verständigung.** Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg. / Hrsg.: Hans Manfred Bock. - Opladen: Leske und Budrich, 1998. - 492 S.

**Wertewandel in Deutschland und Frankreich.** Nationale Unterschiede und europäische Gemeinsamkeiten / Hrsg. von Renate Köcher und Joachim Schild. - Opladen: Leske und Budrich, 1998. - 388 S.

**Fremde Freunde.** Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert. / Hrsg. von Robert Picht u.a. - München: Piper, 1997. - 394 S.

**René Lasserre / Joachim Schild / Henrik Uterwedde:** Frankreich - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. - Opladen: Leske und Budrich, 1997. - 256 S. (Grundwissen Politik. Bd 19).

## Die Aktuellen Frankreich-Analysen des DFI

---

Die Aktuellen Frankreich-Analysen erscheinen mehrmals im Jahr.

Redaktion: Joachim Schild

Herausgeber:

Deutsch-Französisches Institut

Asperger Straße 34, D-71634 Ludwigsburg

Telefon +49 (0 71 41) 93 03-0

Telefax +49 (0 71 41) 93 03-50

E-mail: dfi-lb@dfi.de

Nähere Informationen über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter obiger Adresse oder auf unseren Internet-Seiten unter folgender Adresse:

<http://www.dfi.de>

### Zuletzt erschienene Aktuelle Frankreich-Analysen:

**J. Schild:** Über Nizza hinaus - Deutsch-französische Debatten über die Zukunft der EU, August 2000. - 12 S.

**W. Neumann:** Die Zukunft unserer Renten, Februar 2000. - 12 S.

**J. Schild:** Frankreich nach den Europawahlen - Parteienlandschaft in Bewegung, Juli 1999. - 12 S.

**W. Neumann:** Neue Wege aus der Beschäftigungskrise?, Dezember 1998. - 12 S.

**J. Schild/H. Uterwedde:** Chance zum Neubeginn: Deutsch-französische Beziehungen nach dem Regierungswechsel in Bonn, November 1998. - 12 S.

**R. Picht:** Deutsch-französischer Hochschulaustausch: Stand und Perspektiven, Oktober 1998. - 12 S.